

# Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht

Von Stefan Donth

## Vorbemerkungen

Trotz zahlreicher neuerer Arbeiten steht die Forschung zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) gegenüber der CDU nicht zuletzt aufgrund der Situation in den russischen Archiven erst am Anfang.<sup>1</sup> Erste Untersuchungen nach dem Wegfall der politischen Restriktionen nach 1989/90 haben unseren Kenntnisstand zur Geschichte der CDU in Sachsen wesentlich erweitert.<sup>2</sup>

---

1 Bernd BONWETSCH u.a. (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20), Bonn 1998. Stefan CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3), Weimar–Köln–Wien 1996. Jan FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44), Berlin 1999. Norman NAIMARK, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation*, Cambridge/London 1995. Alexandr HARITONOW, *Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949* (Dresdner Historische Studien, Bd. 2), Weimar 1995. Gerhard WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999.

2 Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953*, in: Jürgen FRÖLICH (Hrsg.), »Bürgerliche Parteien« in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 47–72. Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 2 (1995), S. 83–117. Ralf BAUS/Volkmar HÄNEL, »Wir gehören alle zusammen ...«. *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Das Forum der Sächsischen Union* 7 (1998), S. 4–30. Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 1998. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf<sup>2</sup> 1991. Hermann WENTKER, *Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46)*, in: Hartmut MEHRINGER (Hrsg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone*, München 1999, S. 189–214. Gerhard WETTIG, *Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945 im Spiegel sowjetischer Akten*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 6 (1999), S. 109–137. Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998. Stephan ZEIDLER, *Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–1953*, Hamburg 1996.

Ein Forschungsdesiderat blieb dabei jedoch die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber der sächsischen Union, ohne deren Berücksichtigung die Geschichte der Partei von 1945 bis 1952 nur lückenhaft dargestellt werden kann.

Ziel dieser Studie ist es deshalb, anhand sowjetischer Archivalien den spezifischen Anteil der Besatzungsmacht an der Gleichschaltung der sächsischen Union herauszuarbeiten. Dabei ist zu klären, welche Ziele verfolgt und mit welchen Instrumentarien diese durchgesetzt wurden. Wesentlich ist dabei die Sicht der Akteure auf sowjetischer Seite. Auf die Politik der SED gegenüber der CDU – insbesondere im Landesblock – kann hier nur am Rande eingegangen werden. Die Studie stützt sich auf Unterlagen der SMAD-Propaganda-/Informationsverwaltung sowie der entsprechenden Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS), die im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RCChIDNI) und im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF) eingesehen werden konnten.<sup>3</sup> Außerdem wurden Aktenbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), des Sächsischen Hauptstaatsarchives (SächsHStA) und des Archives für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) herangezogen.

Der erste Teil befasst sich mit dem Apparat und der Strategie der sowjetischen Besatzungsmacht zur Kontrolle und Lenkung der CDU. Vor diesem Hintergrund geht die Untersuchung im zweiten Teil auf die Politik der SMAD während der Gründungs- und Aufbauphase der sächsischen Union bis zu den Wahlen 1946 ein. Im dritten Teil verlagert sich der Schwerpunkt auf die mit der Absetzung Jakob Kaisers Ende 1947 verbundenen Säuberungsaktionen in Sachsen. Mit dem Abschluss der Gleichschaltung der sächsischen Union zwischen 1949 und 1952 beschäftigt sich der vierte Teil.

### Apparat und Strategie der Besatzungsmacht zur Kontrolle und Steuerung der CDU

Die am 6. Juni 1945 gegründete SMAD war die zentrale Vertreterin sowjetischer Interessen in Deutschland und verfügte über eine große Machtfülle zur Steuerung und Kontrolle des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Neben der Dienststelle des Politischen Beraters, der das Außenministerium in der SMAD vertrat, rückte die SMAD-Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsverwaltung) als zentrale Behörde der SMAD zur Kontrolle und Lenkung der CDU

---

<sup>3</sup> Zum besseren Verständnis der für die Untersuchung herangezogenen Quellen werden die Titel der Dokumente in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

auf.<sup>4</sup> Der Politische Berater Wladimir Semenov und der Leiter der Propagandaabteilung Oberst Sergej Tjulpanov trugen maßgeblich dazu bei, die Gleichschaltung der Union voranzutreiben und sie in die entstehende sozialistische Gesellschaftsordnung einzufügen. Dabei war die von Oberst Prokofij Nazarov geleitete »Abteilung für die Arbeit in den antifaschistischen Parteien« der SMAD-Propagandaverwaltung besonders wichtig.<sup>5</sup> Die Mitarbeiter nahmen an allen wichtigen Zusammenkünften der Parteien teil, unterzogen alle Reden und Verlautbarungen der Zensur, trafen personalpolitische Entscheidungen und bestimmten mit Befehlen, Anweisungen, Anordnungen, »Hinweisen« und »Ratschlägen« in hohem Maße das politische Leben der SBZ<sup>6</sup>. Jede Partei wurde von einem speziellen Referenten »betreut«. Für die CDU war bis 1950 der Hauptmann und später Major Juri Kratin zuständig.<sup>7</sup>

In Sachsen entstand Anfang Juli 1945 die »Sowjetische Militärverwaltung des föderalen Landes Sachsen« (SMAS), die seit November 1945 über eine eigene Propagandaabteilung verfügte.<sup>8</sup> Zum ersten Leiter wurde Oberstleutnant Vatik ernannt, dem 1947 Oberst Kuzminov und 1948 Oberst Krjukov nachfolgten. Bereits Ende 1945 ist in der SMAS-Propagandaabteilung eine »Abteilung Parteien« nachgewiesen, in der ein Referent alle Parteien »bearbeitete«. Erst nach den Wahlen 1946 baute die SMAD diese Abteilung aus. Nun war jeweils ein Referent für die einzelnen Parteien zuständig.<sup>9</sup>

In den Bezirkskommandanturen und großen Städten richtete die SMAS 1945 ebenfalls Propagandaabteilungen ein, während die Kreiskommandanturen diese erst im Oktober 1946 erhielten.<sup>10</sup> Eine Sonderstellung innerhalb dieses Ap-

---

4 Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 6. Juni 1945. *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949*, Berlin (Ost) 1968, S. 51–53. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. XXIX.

5 1946 arbeiteten im Apparat der SMAD-Propagandaverwaltung etwa 1.000 Mitarbeiter. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. XXXI. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 38. Übersicht der SMAD-Finanzabteilung vom 9. August 1946. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF); fond (f.) 7317, opis (op.) 8, delo (d.) 36a, Bl. 444–446.

6 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)« GARF f. 7317, op. 19, d. 1. J. FOITZIK (wie Anm. 1). N. NAIMARK (wie Anm. 1).

7 J. FOITZIK (wie Anm. 1), S. 466.

8 SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945. *Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland*, Sammelheft 1945, Berlin 1946, S. 13 f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. A. HARITONOW (wie Anm. 1), S. 50–54.

9 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 9 f. Anlage zur Anweisung der SMAD Nr. 015 vom 20. März 1946. GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 93–106.

10 Vgl. die entsprechenden Stellenpläne in GARF f. 7317, op. 8, d. 38a.

parates nahm die Dresdner Stadtkommandantur ein, die einen großen Teil des politischen Lebens der Landeshauptstadt steuerte.<sup>11</sup>

Parallel und relativ unabhängig von diesen »offiziellen« Strukturen verfügte die Besatzungsmacht über einen personell stark ausgebauten und relativ gut informierten Geheimdienst, zu dessen Aufgaben in besonderer Weise die Überwachung der CDU gehörte.<sup>12</sup> Mittels eines umfangreichen Netzes von Informanten, die aus unterschiedlichsten Gründen – von Druck, Erpressung bis hin zu einem willigen Eingehen auf sowjetische Vorgaben – mit den Sowjets »zusammenarbeiteten«, verfügte die Besatzungsmacht über oft genaue Einblicke in Interna der Partei.<sup>13</sup>

Nach Maßgabe des SMAD-Befehls Nr. 2 vom 10. Juni 1945 gestattete die Besatzungsmacht die Tätigkeit »antifaschistischer Parteien«. Diese mussten sich registrieren lassen und Mitgliederlisten hinterlegen. Die Arbeit der Parteien sollte sich »unter der Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen« vollziehen. Damit hatte die sowjetische Besatzungsmacht zwar die Voraussetzungen für die Entstehung eines »pluralistischen deutschen Parteiensystems« geschaffen, gleichzeitig aber den Spielraum der Parteien durch Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten eingeengt.<sup>14</sup>

Die SMAD reagierte überrascht auf die Konstituierung der Union in Berlin am 26. Juni 1945, weil sie die Gründung des Zentrums und nicht die einer überkonfessionellen bürgerlichen Sammlungspartei erwartet hatte. Da eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers in sowjetischem Interesse lag, behinderte die SMAD in den folgenden Jahren die Zusammenarbeit beider bürgerlicher Parteien.<sup>15</sup>

---

11 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. A. HARITONOW (wie Anm. 1), S. 60.

12 J. FOITZIK (wie Anm. 1), S. 161 ff. Michael RICHTER/M. SCHMEITZNER, »Einer von beiden muss so schnell wie möglich entfernt werden«. *Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947*, Leipzig 1998, S. 79–84.

13 Im Nachlass Karl Buchheims haben sich Kopien seiner Berichte an die SMA erhalten. Der Leipziger CDU-Politiker berichtete Anfang 1947 beispielsweise über die Mehrheitsverhältnisse in den CDU-Gremien der Stadt und versuchte, die von den Sowjets protegierten Politiker zu diskreditieren. Die von ihm weitergegebenen Informationen dürften für die SMA weitgehend wertlos gewesen sein. Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) I–188–001/3. Nicht alle CDU-Politiker waren jedoch so integer wie Buchheim. Vgl. dazu M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 90 f. und Ernst EICHELBAUM: Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig). ACDP I–201–001.

14 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMAD vom 10. Juni 1945. *Befehle SMA 1945* (wie Anm. 8), S. 9 f. Gerhard KEIDERLING, *Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45 (1997), S. 265–268. H. WENTKER (wie Anm. 2).

15 Bericht Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block. Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RCChIDNI) f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 85–91. Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62 ff.

Besonders kritisch registrierte Tjulpanov die Verankerung der CDU im christlichen Milieu, da er dies als eine potentielle Gefahr einstufte, die seiner Ansicht nach die Widerstandsfähigkeit der Union erhöhte. Beide Kirchen, insbesondere die katholische, galten der Besatzungsmacht als »reaktionär«. Tjulpanov hatte bereits Ende 1945 darauf hingewiesen, dass die CDU bei kommenden Wahlen vor allem katholische Wähler auf sich vereinigen könnte und bezeichnete dies als »Gefahr«<sup>16</sup>.

Die Politik der SMAD bestand bis zur Gleichschaltung der CDU aus einer Reihe von Konstanten. Kennzeichnendes Element kommunistischer Nachkriegspolitik war die Blockpolitik. Mit dieser sollten Konkurrenten aus dem bürgerlichen Lager an Entscheidungen beteiligt, eingebunden und damit von einer Fundamentalopposition abgehalten werden. Der Block traf seine Entscheidungen einstimmig, so dass keine Politik gegen die KPD gemacht werden konnte. Die Parteien verpflichteten sich zu einer dauerhaften Zusammenarbeit. Das bedeutete für die Union faktisch einen weitgehenden Verzicht auf eine eigenständige Politik und implizierte das Verbot, gegen die von der Besatzungsmacht vorgegebene Politik zu opponieren.<sup>17</sup>

Es gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der SMAD, die CDU in das von der KPD/SED dominierte politische System der SBZ mittels der Blockpolitik einzubinden. Damit sollte gewährleistet werden, dass die Union den gesellschaftlichen Umgestaltungsmaßnahmen zustimmte und in diesem Sinne auch die CDU im Westen Deutschlands beeinflusste. Dazu versuchte die SMAD, »progressive Kräfte« in der CDU zu stärken und »Reaktionäre« aus der Partei hinauszudrängen. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Informationsverwaltung stand meist die »Arbeit mit den Kadern«. Gezielt baute die Besatzungsmacht »fortschrittliche« CDU-Politiker auf, um mit deren Hilfe innerparteiliche Auseinandersetzungen für Säuberungsaktionen nutzen zu können. Hier konnte die Besatzungsmacht auch auf Meinungsverschiedenheiten in der CDU aufbauen und diese geschickt in ihrem Sinne instrumentalisieren.<sup>18</sup>

---

16 Bericht Tjulpanovs über die politische Lage der SBZ vom 27. Dezember 1945. Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (AVP RF), f. 0457b, op. 1, papka (p.) 2, d. 8, Bl. 120–130. »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)« GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 241–245. Wolfgang TISCHNER, *Zur Formierung der katholischen Subgesellschaft in der SBZ/DDR 1945–1951*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1999), S. 299–324, S. 304ff. Wolfgang TISCHNER, *Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung der katholischen Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat*, i.E. G. WETTIG (wie Anm. 2), S. 113.

17 Siegfried SUCKUT, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfrontausschusses*, Köln 1986, S. 7–53. Protokoll der Versammlung des Parteiaktivs der SMAD vom 9. März 1949 mit den Ausführungen des Obersten SMAD-Chefs. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 682, Bl. 16.

18 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)« GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 65–87. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS

Bereits während des Krieges hatten KPD-Funktionäre im Moskauer Exil unter kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren nach geeigneten Personen gesucht, die nach dem Ende der Kampfhandlungen innerhalb bürgerlicher Parteien in kommunistischem Sinne agieren sollten. Luitpold Steidle, der später in der CDU führende Funktionen bekleidete, gehörte zu denjenigen, die für eine derartige Aufgabe vorgeschlagen worden waren.<sup>19</sup>

Einen weiteren, integralen Bestandteil sowjetischer Besatzungsherrschaft stellten repressive Maßnahmen dar, von denen zahlreiche CDU-Mitglieder betroffen waren. Die Bandbreite war groß und reichte von Drohungen, Verhören bis hin zu Verhaftung, Verschleppung und Mord. Die im folgenden zu beschreibende Gleichschaltung der sächsischen Union war nur möglich, weil die SMAD die ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmittel rigoros einsetzte und damit den Widerstand zahlloser CDU-Mitglieder überwand.<sup>20</sup>

#### Die Sowjetische Militäradministration und die Gründung der CDU in Sachsen

Zur Gründungsgeschichte des sächsischen CDU-Landesverbandes hat Ralf Baus eine Reihe detaillierter Studien vorgelegt. Bereits im Sommer 1945 versuchte die SMAS, die autonomen lokalen Gründungen zu beobachten und zu beeinflussen. Die Entstehung einer bürgerlichen Sammlungspartei konnte die SMAS verhindern. Dazu trugen persönliche und sachliche Differenzen zwischen Christ- und Liberaldemokraten bei, die sich u.a. in von der SMA auch bewusst geschürten Konflikten bei sozialen Fragen sowie der Einführung des Religionsunterrichtes manifestierten. Bis zum Herbst 1945 band die Besatzungsmacht den Landesverband in den Block ein. Die SMAS bestätigte die Vorstandsmitglieder und genehmigte die Gründung der Kreisverbände.<sup>21</sup> CDU-Verbände, die sich der Besatzungsmacht nicht unterordneten, wurden in einigen Fällen unter dem Vorwurf »faschistischer Tätigkeit« aufgelöst, wie im November 1945 in Aue/Schwarzenberg geschehen. Es war Aufgabe der

---

1945–1948, Teil 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 44–47. Mängel der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen. o.D. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62–66. Sergej TJULPANOW, *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*, Berlin (Ost) 1987, S. 236–256.

19 Siehe für Georgi Dimitroff bestimmte Charakteristiken Erich Weinerts vom 15. September 1945. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 839, Bl. 126–129.

20 G. BUCHSTAB (wie Anm. 2).

21 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 44–47. Bericht Hauptmann Kratins über die Lage in der CDU vom 30. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 102–108. R. BAUS/V. HÄNEL (wie Anm. 2). R. BAUS (wie Anm. 2).

SMAS-Propagandaabteilung, dafür zu sorgen, dass alle CDU-Ortsgruppen eine Politik »im Geiste der Demokratisierung Deutschlands« betrieben. Das eröffnete der SMAS breite Einwirkungsmöglichkeiten.<sup>22</sup>

Als Landesvorsitzender amtierte bis zu seinem von der SED erzwungenen Rücktritt 1950 der evangelische Theologe Hugo Hickmann (1877–1955). Seine Politik verfolgte die SMAS besonders intensiv und kritisch. Hickmann hatte im Block zwar der Durchführung der Bodenreform zugestimmt, der ersten wichtigen gesellschaftspolitischen Umgestaltungsmaßnahme der SMAD, lehnte diese aber nach Ansicht der SMAD innerlich ab. Hickmann spielte nicht mit offenen Karten, so der Vorwurf der Besatzungsmacht.<sup>23</sup>

Ende 1945 zählte die CDU in Sachsen etwa 20.000 Mitglieder. Bis Dezember 1946 erhöhte sich die Zahl auf fast 60.000. Damit gehörte etwa ein Drittel aller CDU-Mitglieder in der SBZ dem sächsischen Landesverband an. Von der Mitgliederstruktur her ist die CDU als Volkspartei zu charakterisieren.<sup>24</sup>

Schon im Sommer 1945 zeichneten sich die zentralen Konfliktpunkte im Verhältnis der SMAD zur CDU ab: Die Stellungnahmen der Union gegen die Demontagen sowie gegen die von der KPD initiierten gesellschaftlichen Umgestaltungsmaßnahmen wie die Bodenreform betrachtete die Besatzungsmacht als Verstoß gegen die im Block vereinbarten Grundsätze. Auch den vom CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes deutlich artikulierten Führungsanspruch seiner Partei nahm die SMAD als Bedrohung wahr.<sup>25</sup>

Dabei wurde die Oder-Neiße-Grenze als einer der brisantesten Konfliktpunkte zwischen SMAD und Union von der Forschung oft unterschätzt.<sup>26</sup> Diese Frage rief bereits im August 1945 bei der Verabschiedung einer Resolution des Parteienblocks zum Potsdamer Abkommen eine ernste Krise der Blockpolitik hervor. Auch bei der Bodenreform und der Verabschiedung eines Blockaufrufs zur Unterstützung der Neubauern verweigerte die Union ihre Mitarbeit.<sup>27</sup> Darauf reagierte die SMAD Ende 1945 mit der Absetzung der

---

22 Befehl General Dubrovskijs Nr. 029 vom 21. November 1945. GARF f. 7212, op. 1, d. 5, Bl. 61.

23 Charakteristik Hugo Hickmanns vom 27. Oktober 1947 von Hauptmann Kratin. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120. M. RICHTER, (wie Anm. 2), S. 413.

24 R. BAUS/V. HÄNEL (wie Anm. 2), S. 16.

25 Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. 25.

26 Vgl. dazu in Kürze Stefan DONT, *Vertriebenenpolitik von Sowjetischer Militäradministration und SED in Sachsen 1945–1952*, i.E.

27 G. KEIDERLING (wie Anm. 14) S. 288–294. Ulbrichts Bericht »Stellung der 4 Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen« vom 14. August 1945. SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66. Protokoll der Blocksitzung vom 22. November 1945. S. SUCKUT (wie Anm. 17), S. 104. Zum Konflikt um die Bodenreform Friederike SATTLER, *Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46*, in: Manfred WILKE (Hrsg.), *Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht*, Berlin 1998, S. 154–158.

CDU-Führung. Dass dieser Entscheidung dieses breite Motivspektrum zugrunde lag – wobei auch die sowjetische Kritik an den Aktivitäten des CDU-Vorsitzenden in den Westzonen einbezogen werden muss – wird besonders in den Unterlagen der SMAD deutlich.<sup>28</sup>

Die SMAD verfolgte die Politik der CDU-Führung schon länger mißtrauisch.<sup>29</sup> Am 29. November 1945 ließ Tjulpanov einen Maßnahmenplan zur »Entlarvung der reaktionären« CDU-Führung vorbereiten.<sup>30</sup> Aus Sicht der Besatzungsmacht war für die Ablösung der CDU-Spitze im Dezember 1945 neben der Ablehnung des Aufrufs zur Unterstützung der Neubauern, einem Zusammengehen mit der LDP und der »Westausdehnung« der Partei insbesondere die Position Hermes' in der Grenzfrage ausschlaggebend. Kritik an der Oder-Neiße-Linie duldet die SMAD nicht. Sie konnte dies jedoch nicht thematisieren, da sie sich deutschlandpolitische Optionen offenhalten und die feindselige Stimmung der deutschen Bevölkerung nicht verstärken wollte.<sup>31</sup> Deshalb begründete Tjulpanov, wenn er öffentlich auf die Absetzung von Hermes einging, sein Vorgehen mit der Bodenreformpolitik der Union. Hier konnte er auch Meinungsverschiedenheiten in der Partei ausnutzen.<sup>32</sup>

Seit dem Sommer hatten SMAD und KPD versucht, die Machtpositionen von Hermes in der CDU durch Aufbau und Förderung innerparteilicher Opponenten in den Landesverbänden einzuschränken.<sup>33</sup> Bei der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Hermes und Walter Schreiber durch Tjulpanov am 19. Dezember 1945 waren neben den Mitgliedern der CDU-Führungsspitze Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Otto Nuschke auch einige Vertreter aus den Landesverbänden anwesend, die sich in dieser Situation von der SMAD – oft unter Zwang – gegen

---

28 Siehe hier beispielsweise Alexander FISCHER, *Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union*, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Weimar 1995, S. 12–21, M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 50 f. M. WILDE, (wie Anm. 2), S. 253 ff. und 263 ff. H. WENTKER (wie Anm. 2), S. 210 f. F. SÄTTLER (wie Anm. 27), S. 164 f.

29 Schreiben Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 90 f. Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. 20–30.

30 Tagesbericht der Propagandaverwaltung vom 29. November 1945. AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 19.

31 Bericht Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 27. Dezember 1945 an Shikin. AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 120–130. Die Möglichkeit, dass Tjulpanov seinen Bericht gezielt auf die Erwartungen des Adressaten hin formulierte, kann nicht ausgeschlossen werden.

32 Siegfried SÜCKUT, *Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union*, in: *Deutschlandarchiv* 55 (1982), S. 1045–1080. In den Ländern und Provinzen sollten Stellungnahmen gegen Hermes und Schreiber abgegeben werden. Siehe Tagebuch Anna Hermes vom 15. Dezember 1945. ACDP I–90–160.

33 Schreiben Ulbrichts an Dimitroff vom 22. Juni 1945. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 742, Bl. 154–157.



Hermes instrumentalisieren ließen: die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialvorstände von Mecklenburg, Reinhold Lobedan, und der Provinz Sachsen, Leo Herwegen, der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringens, Georg Große, und die Vorsitzenden der Chemnitzer, Dresdner und Leipziger CDU-Organisationen.<sup>34</sup> Hugo Hickmann fehlte in Karlshorst. Er hatte sich gegenüber der SMAS ausweichend geäußert, ob Hermes und Schreiber mit ihrer Position zur Bodenreform an der Spitze der CDU bleiben könnten.<sup>35</sup> Die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises zeigt, dass der sächsische CDU-Landesverband zu diesem Zeitpunkt nicht geschlossen auftrat. Der SMAS war es gelungen, einzelne Funktionäre, wie beispielsweise den Chemnitzer CDU-Politiker Pfarrer Ludwig Kirsch, in dieser Situation für ihre Politik zu gewinnen<sup>36</sup>.

Die neue CDU-Führung um Jakob Kaiser und Ernst Lemmer wurde zunächst von der SMAD im Vergleich zu den Vorgängern als loyaler eingeschätzt.<sup>37</sup> Seit Sommer 1946 prägten die Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen die politischen Auseinandersetzungen in Sachsen<sup>38</sup>. Für die SMAD stand die Schaffung eines günstigen Wahlkampfklimas für die SED im Mittelpunkt, um den Einheitssozialisten zum Sieg zu verhelfen. Die bürgerlichen Parteien wurden systematisch behindert. Die CDU galt – im Vergleich zur LDP – als gefährlichster politischer Gegner der SED. Einschüchterungs- und Diffamierungskampagnen gegen bürgerliche Politiker sowie Benachteiligung bei der Papierzuteilung waren weit verbreitete Methoden der SMA im »Kampf« gegen die CDU. Hinderlich wirkte sich außerdem die Vorgabe der SMA aus, dass es auch nach den Wahlen eine Fortsetzung der Blockpolitik und damit keine gegen die SED gerichteten bürgerlichen Koalitionen geben werde.<sup>39</sup>

Durch die Nichtzulassung oder das Verbot von Ortsgruppen schränkte die SMAD die Wahlaussichten von CDU und LDP ein. Dadurch erreichte die

---

34 Bericht Tjulpanovs vom 20. Dezember 1945. AVP RF f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 92–96. Bericht von Hermes und Schreiber gegenüber dem Gründungsausschuss vom 20. Dezember 1945. ACDP I-090–015/1 165.

35 Charakteristik Hugo Hickmanns vom 27. Oktober 1947 von Hauptmann Kratin. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

36 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 66. M. WILDE (wie Anm. 2), S. 248.

37 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 67 ff.

38 S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 44–110.

39 Schreiben Tjulpanovs an Suslov vom 28. August 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 245–248. Schreiben Tjulpanovs an den SMAD-Stabschef vom 17. Juli 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48. M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 51. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 67 f.

CDU in Sachsen nur etwa 70 Prozent der Wahlberechtigten. Ohne die Behinderung der bürgerlichen Parteien hätte die SED nach Ansicht Semenovs lediglich ein Ergebnis von 40 Prozent erzielt.<sup>40</sup>

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die SMAD der politischen Neutralisierung der Kirchen, um diese im Wahlkampf von einer die CDU begünstigenden Stellungnahme abzuhalten. Die SMAS verfolgte aufmerksam die Versuche Hickmanns, während des Wahlkampfes eine geschlossene Front von Kirchen und CDU zu bilden.<sup>41</sup>

Nach dem CDU-Parteitag (16. bis 19. Juni 1946) sollte nach Tjulpanovs Ansicht »die zweite Hälfte eines taktischen Planes« wirksam werden: In eigens hervorzurufenden Konflikten innerhalb der Partei waren »linke« gegen »rechte« Gruppierungen zu unterstützen.<sup>42</sup> Bereits im Zusammenhang mit dem sächsischen Volksentscheid zur Enteignung von »Nazi- und Kriegsverbrechern« (30. Juni 1946), der in der SMAD als Generalprobe für die Wahlen galt, hatten große Teile der Union – obwohl offiziell dafür – ablehnend auf das rigorose Vorgehen der SED bei der wirtschaftlichen Umgestaltung Sachsens reagiert. Diese Auseinandersetzungen stärkten nach Ansicht der SMAD die »reaktionären Kräfte« in der sächsischen CDU. Offenbar konnte die Besatzungsmacht nur geringe Einbrüche in die geschlossen agierende Union erzielen.<sup>43</sup>

Geheime Absprachen und Wahlbündnisse von CDU und LDP versuchte die SMA zu verhindern. Dennoch ist auf örtlicher Ebene vielfach eine Zusam-

40 Analyse der Ergebnisse der Kommunalwahlen des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung des Politischen Beraters, Filippov, vom 28. Oktober 1946. AVP RF f. 457a, op. 2, p. 5, d. 20, Bl. 3–29. Übersicht über nicht zugelassene Ortsgruppen der CDU in Sachsen. ACDP III–035–040. Informationsbrief Nr. 9 Semenov über die politische Lage in Deutschland für den Zeitraum 1.–20. Juli 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 79–104. Befehl des sowjetischen Kreiskommandanten zum Verbot der CDU des Kreises Schwarzenberg vom 10. Oktober 1946. Hermann WEBER (Hrsg.), *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*, München 1987, S. 88 f. Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Ergebnisse der Gemeindewahlen in der SBZ. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49–61. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18.

41 Zur Kirchenpolitik der SMAD vor den Wahlen S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 76–84 sowie W. TISCHNER (wie Anm. 16). Bericht Tjulpanovs vom 17. Juli 1946 an den Stabschef der SMAD über die politische Lage in der SBZ im Juli 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278. Informationsbrief Nr. 10 Semenovs für den Zeitraum vom 20. Juli–15. August 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214–235. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 47–50. Memorandum Tjulpanovs vom 16. Juni 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 263–271.

42 Schreiben Tjulpanovs vom 25. Juni 1946 an Suslov. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 1–5.

43 Stefan CREUZBERGER, »Klassenkampf in Sachsen«. *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid vom 30. Juni 1946*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik* 2 (1995), S. 122. »Die drei-

menarbeit der beiden bürgerlichen Parteien belegt.<sup>44</sup> Am 4. September 1946 registrierte die Besatzungsmacht die »Bildung eines Blocks der bürgerlichen Parteien« in Sachsen. Die Führungen von LDP und CDU sprachen sich für eine Koalition beider Parteien in den Kommunalparlamenten aus und schlossen ausdrücklich eine einseitige Zusammenarbeit mit der SED nach den Wahlen aus.<sup>45</sup> Eine breitere Wirkung konnte die hier demonstrierte Einigkeit von Liberal- und Christdemokraten nicht entfalten. Das lag neben den bald einsetzenden Gegenmaßnahmen der SMA auch an unüberbrückbaren ideologischen Konflikten der beiden bürgerlichen Parteien, vor allem beim Verhältnis von Staat und Kirche.<sup>46</sup> In der CDU wandte sich Otto Nuschke »gegen jeden Gedanken einer Blockpolitik der Union mit der LDP« und machte sich damit bereits hier zum Erfüllungshelfen der Politik der SMAD<sup>47</sup>.

Neben der von Jakob Kaiser in die öffentliche Diskussion gebrachten These vom »christlichen Sozialismus« fasste die SMAS die wichtigsten Argumente der bürgerlichen Parteien gegen die SED im Wahlkampf in vier Gruppen zusammen: Erstens das Streben der SED zu Diktatur und Sozialisierung, zweitens die Gleichsetzung der Methoden der SED mit denen der Nazis, drittens das Fehlen von Demokratie und die Korruption in den Verwaltungen sowie viertens der Kampf um die Revision der östlichen Grenze.<sup>48</sup>

---

jährige Arbeitserfahrungen der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 69. Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947. AVPRF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

44 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48. SED-Instrukteurbericht Kreis Flöha vom 31. August 1946. Sächsisches Hauptstaatsarchiv (SächsHStA), ehemaliges SED-Bezirksparteiarchiv (SED-BPA Dresden), A/885, Bl. 109–112. Protokoll der Sitzung des SED-Landesvorstandes vom 19. August 1946. SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/754, Bl. 444. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 66–68.

45 »Bildung eines Blocks der bürgerlichen Parteien in Sachsen«. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information des Informationsbüros der SMAD Nr. 60 vom 12. September 1946. Die detaillierte Schilderung der Zusammenkunft basiert auf dem Bericht eines »eigenen Korrespondenten« des Informationsbüros. An diesem Tage hatte im Parteibüro der LDP eine geheime Versammlung der Führungen von CDU und LDP stattgefunden, an der seitens der LDP u.a. Johannes Dieckmann, Reinhard Uhle, Gertrud Thürmer, Elfriede Dierlamm, Hermann Kastner und Emil Menke-Glückert, seitens der CDU Hugo Hickmann, Ludwig Kirsch, Josef Ragsch, Hermann Klemm, Karl Orlamünde und Martin Richter teilnahmen. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 158, Bl. 40–46.

46 Ein leitender Mitarbeiter der sächsischen LDP-Führung hatte der SMAS schon Anfang Oktober 1946 versprochen, sich in der LDP für die Weiterführung der Blockpolitik und ein gutes Verhältnis der Partei zur Besatzungsmacht einzusetzen. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information des Informationsbüros der SMAD Nr. 71/75 vom 16. Oktober 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 158, Bl. 196. Informationsbrief Nr. 9 des Politischen Beraters Semenovs für den Zeitraum vom 1.–20. Juli 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 79–104.

47 Protokoll der CDU-Vorstandssitzung vom 17. September 1946. ACDP I-090-015/2.

48 Zum Wahlkampf der CDU und zum »christlichen Sozialismus« M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 51 f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2. GARF f. 7212, op. 1, d.2, Bl. 125–127.

Die Vertriebenenpolitik der CDU hatte großen Anteil daran, dass die SMAD die Union als gefährlichen Gegner der SED einschätzte. Die CDU unternahm große Anstrengungen, ihr Wählerpotential unter den Vertriebenen zu erfassen und stärker an die Partei zu binden.<sup>49</sup> Tjulpanov hatte auf die Bedeutung der Oder-Neiße-Grenze im bevorstehenden Wahlkampf bereits am 1. Juli 1946 hingewiesen. Die Grenzfrage gehörte zu den Themen, deren »Erörterung« Tjulpanov als »nicht erwünscht« ansah.<sup>50</sup> Jakob Kaiser ignorierte dieses Verbot und sprach die Grenzproblematik auf einer Wahlkampfveranstaltung in Görlitz an. Die SMAD verhinderte, dass die CDU-Presse darüber berichten konnte.<sup>51</sup> Dennoch verbreitete sich die Forderung Kaisers »blitzschnell« unter der sächsischen Bevölkerung und führte zu einem Ansehensverlust der SED.<sup>52</sup> Auch Hugo Hickmann bezog sich in einigen Wahlkampfauftritten ausdrücklich auf die Rede Kaisers und trug so zu deren Verbreitung bei.<sup>53</sup> Die Reaktion der SMAD auf den Auftritt Kaisers unterstreicht, dass die Sowjets der Grenzfrage und damit den Vertriebenen eine weitaus größere Bedeutung zumaßen, als bisher angenommen wurde: Nasarov hatte dem CDU-Vorsitzenden bei der Fortsetzung seiner Politik in der Grenzfrage das gleiche Schicksal wie Hermes angedroht.<sup>54</sup>

Bei den Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Landtagen 1946 erzielte die sächsische Union ein Ergebnis zwischen 20 und 25 Prozent und wurde damit nach den Liberalen zur zweitstärksten bürgerlichen Partei. Die SED erreichte eine knappe absolute Mehrheit.<sup>55</sup> Als wichtigsten Grund für die schlechten Ergebnisse der SED in Sachsen – die SMAD hatte mit einem deutlich besseren

---

49 Bericht der Abteilung für Kommandantendienst der SMAS für April 1946. GARF f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 157–171. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948. GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Zur Grenzproblematik vgl. S. DONTH (wie Anm. 26).

50 Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 279–281. Informationsbrief Nr. 10 des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung beim Politischen Berater Filipov für den Zeitraum vom 20. Juli–15. August 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214–235.

51 S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 55. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, Stuttgart 1969, S. 104. Der sowjetischen Zensur fielen auch vertriebenenpolitisch motivierte Teile eines Aufrufs der CDU an die Jugend zum Opfer. Vgl. den entsprechenden Vorgang in ACDP III–035–040.

52 Bericht des Chefs der Propagandaabteilung der Zwickauer Bezirkskommandantur über die Ergebnisse der Gemeindevahlen im Bezirk Zwickau vom 15. September 1946. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 152, Bl. 166–172.

53 Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

54 Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62.

55 Jürgen FALTER/Cornelia WEINS, *Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse*, in: Hartmut MEHRINGER (wie Anm. 2), S. 215–233.

Abschneiden der von ihr protegierten Partei gerechnet – nannte der Leiter der SMAS-Propagandaabteilung Oberstleutnant Watnik die Position der Partei zur Ostgrenze.<sup>56</sup> Auch Tjulpanov ging davon aus, dass die Mehrheit der »Umsiedler« bürgerliche Parteien gewählt hätten.<sup>57</sup> Diese Einschätzungen bestimmten in hohem Maße das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die CDU seit 1947.

#### Die Gleichschaltungspraxis und die sächsische CDU nach 1947

Nach den Wahlen sah sich die SMAS einer gestärkten bürgerlichen Opposition gegenüber. Da CDU und LDP im sächsischen Landtag gemeinsam über fast so viele Mandate wie die SED verfügten, lag es nicht im Interesse der Besatzungsmacht, beiden bürgerlichen Parteien die Möglichkeit zur Totalopposition zu geben. Besonders wichtig erschien der SMAD die Verhinderung von gegen die SED gerichteten Koalitionen im Landtag sowie in den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen. Vor allem bei »prinzipiellen Fragen« stimmten Christ- und Liberaldemokraten nach Erkenntnissen der SMAS ihre Positionen ab und vertraten diese dann gegenüber der SED.<sup>58</sup> Die SMAS behinderte die parlamentarische Arbeit der Union von Beginn an und richtete ihre Politik an dem Ziel aus, die »führende Rolle« der SED in den Parlamenten abzusichern. Es müsse vermieden werden, so die SMAS, dass die bürgerlichen Parteien den Landtag als »Arena des Parteienkampfes« nutzten. Auf kommunaler Ebene verzeichnete die SMAS dort die größten Schwierigkeiten, wo CDU und LDP über eine Mehrheit der Mandate verfügten, da beide Parteien hier vielfach zusammenarbeiteten<sup>59</sup>.

Mit der Fortsetzung der Blockpolitik versuchte die SMAS-Informationsabteilung, die Position der SED zu festigen. Zwischen CDU und LDP sollte ein »Keil« getrieben werden. Dabei konnte sich die SMAS auch auf Stimmen ein-

---

56 Weitere Punkte waren u.a. die schlechte Versorgungslage, die Demontagen und die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED. Ausführungen Watniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18.

57 Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Gemeindewahlen in der SBZ. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49–61.

58 Information des stellvertretenden Leiters der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152.

59 Bericht des Leiters der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 13. August 1947 über die Tätigkeit der Parteien in den Parlamenten. AVP RF f. 0457b, op. 7, p. 15, d. 5, Bl. 67–84. Zur Rolle der SMAD bei der Erarbeitung der Verfassungen vgl. S. CREUZBERGER (wie Anm. 1), S. 124–133.

zelter Unionspolitiker stützen, die eine Koalition mit den Liberaldemokraten ablehnten. Der »Kampf« sollte stärker in die bürgerlichen Parteien hineingetragen werden. Die SMAS arbeitete mit »fortschrittlichen« Unionspolitikern zusammen und stärkte deren Position gegenüber den »Reaktionären«. Als für Sachsen richtungsweisend nannte Tjulpanov die Tätigkeit von Lobedanz in Mecklenburg und Herwegen in Sachsen-Anhalt<sup>60</sup>. Einen Übertritt »fortschrittlicher Kräfte« der CDU zur SED lehnte die SMAS ab, weil diese innerhalb der Union gegen »reaktionäre Tendenzen« auftreten sollten<sup>61</sup>. Tjulpanov befahl Mitte 1947, als wichtigstes Kriterium bei der Beurteilung bürgerlicher Politiker deren Verhältnis zur Sowjetunion zu bewerten<sup>62</sup>.

Im Zuge der Bildung der Landesregierung besetzten 1947 mit Gerhard Rohner und Georg Knabe zwei Unionspolitiker die Ressorts für Finanzen sowie Handel und Versorgung. Weitere CDU-Mitglieder traten als Ministerialbeamte der Regierung bei. Bereits Ende 1946 hatte die Besatzungsmacht entschieden, dass die Union bei der Vergabe »undankbarer Posten« – wie es in der Nachkriegszeit das Ministerium für Handel und Versorgung ohne Zweifel war – zu »berücksichtigen« sei. Führende Unionspolitiker befürchteten, die SED werde an die Adresse der von der CDU geleiteten Ministerien »demagogische« Forderungen stellen, um die Union in der Bevölkerung zu diskreditieren. Ein einheitliches Auftreten der Unionsvertreter innerhalb der Landesregierung erwartete die SMAS nicht, da sie davon ausging, dass diese für eine erfolgreiche Arbeit an guten Beziehungen zur SMA interessiert wären und gegeneinander ausgespielt werden könnten<sup>63</sup>.

Kritisch verfolgte die SMAS das vertriebenenpolitische Engagement der Union. Führende Repräsentanten der Partei wie Jakob Kaiser und Hugo Hickmann sprachen sich weiterhin für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze aus.

---

60 Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150. Information des stellvertretenden Leiters der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152.

61 Bericht eines namentlich nicht genannten leitenden sächsischen SED-Funktionärs im Bulletin für internationale und innerdeutsche Information Nr. 88/92 vom 16. Dezember 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 144–153.

62 Memorandum Tjulpanovs vom 9. Juni 1947 zur politischen Lage in der SBZ. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 244–253.

63 Information des stellvertretenden Chefs der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen. AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152. Bericht über Äußerungen des 2. Vorsitzenden der sächsischen CDU im kleinen Kreis über die Beziehungen zur Regierung und die Vorhaben der nächsten Zeit. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information 92/96 vom 27. Dezember 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 241 f.

Nach Tjulpanovs Ansicht war dies der Versuch, die CDU als Flüchtlingspartei zu etablieren. Das versuchte die SMAD zu verhindern<sup>64</sup>.

Besonders aufschlussreich ist die Beurteilung der Position Hickmanns Anfang 1947 durch die Besatzungsmacht. Der Landesvorsitzende betrieb ihrer Ansicht nach zwar »keine ehrliche Blockpolitik«, stellte aber in der praktischen Arbeit seine loyale Haltung zu den »demokratischen Umgestaltungen« unter Beweis. Mit Kaiser verbinde ihn ein gutes Verhältnis, doch als dieser Mitte 1947 seine Mitarbeit im Block einstellte, sei Hickmann zu ihm auf Distanz gegangen und reklamiere stärker als bisher eine Führungsrolle auf SBZ-Ebene.<sup>65</sup> Auch andere Mitglieder des Landesvorstandes vertraten im kleinen Kreis die Auffassung, Kaiser und Lemmer sollten sich so wenig wie möglich mit sächsischen Angelegenheiten befassen. Diese Bestrebungen nutzte die SMAD Ende 1947 bei der Absetzung Kaisers aus.<sup>66</sup>

Seit Mitte 1947 zog Kaisers Politik immer schärfere Reaktionen der SMAD nach sich. Das galt insbesondere für die Befürwortung des Marshallplanes, die Aufkündigung der Mitarbeit im Block, sein Auftreten gegen Reparationen und Demontagen, seine Forderungen nach Revision der Oder-Neiße-Grenze, Freilassung der Kriegsgefangenen und nach einem Ende der Verhaftungen in der SBZ sowie für die sich anbahnende engere Zusammenarbeit mit der CDU der westlichen Zonen im Rahmen der Fraktionsgemeinschaft.<sup>67</sup> Nach dem

---

64 Bericht Tjulpanovs an den Obersten Chef der SMAD Sokolovskij vom 17. Mai 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 224–227.

65 Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.

66 Bericht über Äußerungen des 2. Vorsitzenden der sächsischen CDU im kleinen Kreis über die Beziehungen zur Regierung und die Vorhaben der nächsten Zeit. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information 92/96 vom 27. Dezember 1946. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 241 f.

67 Aus Platzgründen muss für den folgenden Teil auf Einzelnachweise verzichtet werden. Vgl. dazu S. DONTH (wie Anm. 26). Nachfolgend aufgeführte Materialien wurden herangezogen: Bericht Kratins über die Lage in der CDU vom 30. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 102–108. Bericht Tjulpanovs vom 9. September 1947 über den Parteitag der CDU. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 370–381. Bericht der Informationsverwaltung der SMAD an das ZK der KPdSU über den Parteitag der CDU vom 9. September 1947. B. BONWETSCH (wie Anm. 1), S. 127–129. Bericht Tjulpanovs über die Tätigkeit der Informationsverwaltung der SMAD von Juli bis September 1947 vom 7. Oktober 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 12, Bl. 63–85. Übersicht Makarovs an Suslov vom 3. Januar 1948 über die Lage in der CDU. GARF f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 8–17. »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948«. GARF f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 74 ff. Bericht Tjulpanovs an Baranov vom 6. Mai 1948 über die Lage in der CDU. RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 568, Bl. 62–93. Bericht Makarovs an Kuzentsov vom 16. Januar 1948 über »Die besonderen Maßnahmen der SMAD im Dezember 1947«. GARF f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 21–36. Johann Baptist GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 177–189. W. CONZE (wie Anm. 51), S. 162–201. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 32–61. G. WETTIG (wie Anm. 2), S. 127 ff.

CDU-Parteitag (6. bis 8. September 1947) und verschiedenen Reden Kaisers, bei denen die Besatzungsmacht vor allem an der Thematisierung der Grenzproblematik Anstoß nahm, verlangte Tjulpanov, alle Anstrengungen der SMAD auf die »Absetzung« des CDU-Vorsitzenden zu konzentrieren. In den folgenden drei Monaten seien auf »Initiative« der Landesverbände Proteste gegen die Politik Kaisers zu organisieren. Dabei galten eine stärkere Zusammenarbeit mit »progressiven Kräften«, die Entfernung von Anhängern Kaisers aus Führungspositionen, die Ausweitung der Zensur gegen Äußerungen »rechter Politiker« sowie die Ahndung jedes »Versuch[s] der Kritik an den bestehenden Ostgrenzen Deutschlands« als vordringliche Aufgaben der SMAD<sup>68</sup>.

Bis zum Jahresende 1947 arbeitete die SMAD gezielt auf die Absetzung Kaisers hin und versuchte, eine Konstellation herbeizuführen, die es ihr eher als im Fall Hermes erlauben würde, den Wechsel an der CDU-Spitze zumindest nach außen hin formal als eine »innerparteiliche Angelegenheit« erscheinen zu lassen. Mit einer Reihe »organisatorischer Maßnahmen« veränderte die SMAD die Zusammensetzung der CDU-Landesvorstände Thüringens, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs zu ihren Gunsten.<sup>69</sup>

Konkreter Anlass für die Absetzung Kaisers war dessen Politik gegen den Volkskongress, mit dem die Sowjets in der Deutschlandpolitik die Initiative von den Westmächten zurückgewinnen wollten. Kaiser, der eine Teilnahme der CDU an der Propagandaveranstaltung ablehnte, konnte durch die Landesvorsitzenden – die die SMAD entsprechend unter Druck gesetzt hatte – auf eine Kompromissformel verpflichtet werden: CDU-Mitglieder nahmen als Einzelpersonen, jedoch nicht als Vertreter der Partei am Volkskongress teil. Am Zustandekommen dieser Regelung hatte der sächsische CDU-Vorsitzende Hickmann großen Anteil, der auch am Landeskongress in Sachsen teilnahm und eine kooperativere Haltung als Kaiser zeigte<sup>70</sup>.

Hickmanns Verhalten war insofern von zentraler Bedeutung, als sich die anderen Landesvorsitzenden in hohem Maße an seiner Position orientierten. Er ließ sich so zum Werkzeug Tjulpanovs machen, wurde aber ungeachtet dessen in internen Unterlagen der SMAD immer als »Reaktionär« titulierte. Tjulpanov nutzte Hickmanns Bestrebungen, eine stärkere Rolle in der SBZ zu spielen, und wohl auch konfessionelle Vorbehalte gegen Kaiser aus.<sup>71</sup>

Nach dem I. Volkskongress (6. bis 7. Dezember 1947) erhöhte die SMAD ihren Druck auf den CDU-Landesvorsitzenden von Brandenburg, Wilhelm Wolf, und auf Hickmann, damit beide sich öffentlich gegen Kaiser aussprechen. Das suchten beide zu vermeiden. Nach Tjulpanovs Schätzung verfügte

---

68 EBD.

69 EBD.

70 EBD.

71 EBD.



Kaiser in den Leitungsgremien der CDU über eine knappe Mehrheit von ein bis zwei Stimmen. Deshalb sollte eine formale Abstimmung über das Verbleiben Kaisers im Amt des Parteivorsitzenden und damit eine Niederlage vermieden werden. Ihre Anstrengungen, Kaiser zu einem freiwilligen Verzicht zu bewegen, blieben jedoch ohne Erfolg.<sup>72</sup>

Im Dezember 1947 zeigten die Einflußnahmen der SMAD erste Wirkungen: Alle CDU-Landesvorsitzenden der SBZ hatten sich politisch von Kaiser getrennt. Sie wollten ihm aber wegen seiner großen Popularität offiziell nicht das Misstrauen aussprechen. Dies gedachten sie der SMA zu überlassen. Hickmanns Ziel bestand darin, Kaiser politisch auszuschalten, aber persönlich nicht mit ihm zu brechen. Damit manövierten sich der sächsische CDU-Vorsitzende und sein Mecklenburger Kollege Lobedanz in ihren eigenen Landesverbänden immer stärker in die Isolation, weil eine Mehrheit in diesen Gremien für Kaiser eintrat. Nur durch direkte Interventionen konnte die SMA Misstrauensanträge gegen Hickmann und Lobedanz abwenden.<sup>73</sup>

Die SMAD beendete die »Kaiser-Krise«, als sie am 20. Dezember 1947 die »progressiven« CDU-Politiker Otto Nuschke und Georg Dertinger davon unterrichtete, sie betrachte bis auf weiteres die Führung der sechs Landesverbände unter Leitung von Hickmann und Lobedanz als oberste Vertretung der Partei. Tjulpanov setzte mit dieser Konstruktion faktisch die Absetzung Kaisers und Lemmers durch, ohne die schon unter Druck geratene Position der Landesvorsitzenden weiter zu gefährden.<sup>74</sup>

Der neuen CDU-Führung – dem Koordinierungsausschuss – gehörten Lobedanz, Hickmann, der Brandenburger CDU-Vorsitzende Wilhelm Wolf, Nuschke und Dertinger an. Gerald Götting kam im Januar 1948 hinzu. Hickmann erklärte sich erst nach sowjetischen Druck zur Mitarbeit bereit, da er eine derartige Form des Bruchs mit Kaiser vermeiden wollte.<sup>75</sup> Auch nach der Absetzung Kaisers zählte die SMAD Hickmann nicht zum »progressiven« Teil der Union, sondern rechnete ihn unter die »labilen Elemente«.<sup>76</sup>

Nach Einschätzung der SMAS war Anfang 1948 eine Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder der sächsischen CDU dem Lager Kaisers zuzuordnen. Nur zwei Kreisvorsitzende hatten sich gegen Kaiser ausgesprochen. Auch Hickmann verteidigte wieder dessen Politik, um den Rückhalt in der eigenen Partei nicht zu verlieren. Äußerungen des sächsischen CDU-Vorsitzenden zur Oder-Neiße-Grenze verstärkten das Misstrauen der SMAS. Die SMAD-Informationsverwaltung führte daraufhin Gespräche mit dem Mecklenburger CDU-

---

72 EBD.

73 EBD.

74 EBD.

75 EBD.

76 EBD.

Vorsitzenden Lobedanz, um diesen zu einer aktiveren Arbeit zu bewegen. Damit sollte der Einfluss Hickmanns in der CDU zurückgedrängt werden.<sup>77</sup> Bereits Ende 1947 ging die SMAS gegen CDU-Funktionäre vor, die als Anhänger Kaisers galten und setzte zahlreiche Kreisvorsitzende ab.<sup>78</sup>

Durch die Veränderungen in der Führungsspitze und die nun deutlich weniger prononciert vertretene Oppositionshaltung verlor die CDU an Attraktivität in der Bevölkerung. Das äußerte sich auch in einer Verlangsamung des Mitgliederwachstums.<sup>79</sup> Seit Anfang 1948 versuchte die SMAD, die CDU stärker als bisher in das von der SED dominierte politische System einzubinden und als Opposition gegen die forcierten Sowjetisierungsmaßnahmen und die Ostintegration der SBZ auszuschalten. Vertriebenenpolitische Aspekte bildeten dabei einen wichtigen Bestandteil der sowjetischen Besatzungspolitik.<sup>80</sup>

Parallel zu den repressiven Maßnahmen forcierte die SMAS den Aufbau einer auf ihrer Linie liegenden innerparteilichen Opposition im sächsischen CDU-Landesverband. Anfang 1948 stützte sich die SMAS dabei nach ihren eigenen Angaben auf den stellvertretenden Landesvorsitzenden Franz Jensch, das Landesvorstandsmitglied Otto Freitag sowie die Funktionäre Joseph Rambo (Leipzig), Wiesner (Großenhain) und Ulbricht (Dresden). Seit April 1948 beobachtete die SMAD eine »fortschrittlichere Linie« in der sächsischen CDU.<sup>81</sup>

Bei der »Vorbereitung« des Landesparteitages (4. bis 6. Juni 1948) versuchte die SMAS, die »fortschrittlichen Kräfte« zu stärken und Anhänger Kaisers von ihren Posten zu entfernen. Alle Redebeiträge mussten vorab zur Zensur vorgelegt, die Wahl von Kaiser-Anhängern als Delegierte sollte verhindert werden.<sup>82</sup>

---

77 Bericht der Informationsabteilung der SMAS vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113. Auskunftsbereich zur Frage der Umsiedler in der SBZ der Abteilung für Druckerzeugnisse und außenpolitische Information des Politischen Beraters an Smirnov vom 27. März 1948. AVP RF f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 36–45. Bericht vom 7. Februar 1948 über die Arbeit der Informationsverwaltung im Januar 1948 sowie Bericht Tjulpanovs über die Arbeit im Februar 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 41–49 und 50–62.

78 Bericht der SMAS-Informationsabteilung über die Arbeit im 4. Quartal 1947 vom 10. Januar 1948 an Tjulpanov. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 4–49. Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 49–54.

79 Bericht der Informationsabteilung der SMAS vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113.

80 Bericht Tjulpanovs über die Ergebnisse des Volkskongresses vom 8. Dezember 1947. AVP RF f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 11, Bl. 76–85.

81 Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113.

82 Bericht der Informationsverwaltung vom 16. Juli 1948 über die Arbeit im zweiten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 88–124. Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 12. Juli 1948 über die Arbeit im zweiten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 128–162.

Trotz dieser Einflussnahmen legte der Landesparteitag die Situation in der sächsischen Union offen: Einer breiten Mehrheit der Mitglieder sowie des unteren und mittleren Funktionärskorps, die sich immer noch als Anhänger des abgesetzten CDU-Vorsitzenden verstanden, stand eine von Hickmann nur mühsam auf der Linie des Koordinierungsausschusses gehaltene Landesleitung gegenüber. Letztendlich konnte sich Hickmann als Landesvorsitzender nur aufgrund des Drucks der SMAS auf die Delegierten behaupten.<sup>83</sup> Vor allem die CDU-Kreisverbände Dresden, Leipzig, Grimma, Borna, Zittau, Görlitz und Weißwasser galten der SMAS als »Zentren der Opposition«.<sup>84</sup> In Sachsen intensivierte die SMAS ihre repressive Politik gegen ihr nicht genehme CDU-Funktionäre. Neun bereits von der Basis nominierte Delegierte des CDU-Zonenparteitages mussten auf Anweisung der SMAS zurückgezogen werden.<sup>85</sup>

Die Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze durch die Mehrheit der CDU-Mitglieder stieß Mitte 1948 auf immer schärfere Reaktionen der SMAD. Bis zum Herbst sollte die Grenze wenigstens auf zentraler Ebene durch die Führungen von CDU und LDP anerkannt werden. Deren Zustimmung wollte die Besatzungsmacht dann nutzen, um die CDU-Landesverbände unter Druck zu setzen und dort die Ablehnungsfront aufbrechen. In Sachsen setzte die SMAS eine Reihe von CDU-Kreisvorsitzenden wegen deren Position zur Grenze ab und hievte »fortschrittliche Kräfte« in die freigewordenen Stellungen. Eine Anerkennung der neuen Grenzziehung durch den Landesvorstand stand allerdings Ende 1948 immer noch aus.<sup>86</sup>

Während des 3. Parteitages der CDU (18. bis 20. September 1948) forderte Tjulpanov die Umwandlung der Union in eine »prokommunistische Partei« (Richter). Es lässt auf die herausgehobene Bedeutung der Grenzproblematik schließen, dass Tjulpanov diese unmittelbar nach der Forderung, die CDU müsse die sozialökonomischen Reformen in der SBZ akzeptieren, thematisierte und erst danach die Anerkennung der Führungsrolle der SED und des Zweijahresplanes durch die Union verlangte.<sup>87</sup>

Gegen starke Widerstände der Mitgliedschaft beendete der Parteitag das seit der Absetzung Kaisers im Dezember 1947 andauernde Interregnum an der

---

83 Die Parteitagsregie der SMAS konnte einen Eklat nicht verhindern, als die Delegierten einen Anhänger Kaisers spontan zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten. Die SMAS untersagte dem Dresdner CDU-Kreisvorsitzenden, das Amt anzunehmen. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 85 f.

84 Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 12. Juli 1948 über die Arbeit im zweiten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 128–162.

85 Bericht der SMAS-Informationsverwaltung vom 14. Oktober 1948 über die Arbeit im dritten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 235–260.

86 Vgl. dazu S. DONTH (wie Anm. 26).

87 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 119–125. Zur Rede Tjulpanovs auf dem 3. Parteitag der CDU am 18. September 1948 vgl. S. SUCKUT (wie Anm. 17), S. 302.

Spitze der Partei und wählte Otto Nuschke zum Vorsitzenden. Die neue Konstellation in der Unionsführung mit diesem weitgehend auf SMA-Linie liegenden Politiker ermöglichte der SMAD in den folgenden Jahren einen stärkeren Zugriff auf die Union.<sup>88</sup> Ein weiterer Bestandteil der gegen die bürgerlichen Parteien gerichteten SMAD-Politik war die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), die von Anfang an unter starkem Einfluss der SED standen. Beide sollten einen Teil der Wählerschaft von CDU und LDP abziehen.<sup>89</sup>

### Der Abschluss der Gleichschaltung (1949–1952)

Anfang 1949 intensivierte die Besatzungsmacht ihren Zugriff auf die CDU. Die SMAS machte die Besetzung von Führungspositionen im CDU-Parteiapparat aller Ebenen in immer stärkerem Maße von der prosowjetischen Haltung der Kandidaten abhängig und verband dies mit einer Ausschlusswelle im Frühjahr 1949.<sup>90</sup> Einen Höhepunkt der Kampagne gegen die CDU bildeten die Maßnahmen der Besatzungsmacht im Zusammenhang mit den Delegiertenwahlen zum 3. Volkskongress (15./16. Mai 1949). Die ersten »Einheitslistenwahlen« in der SBZ wurden kurzfristig als Reaktion auf die Staatsgründungsprozesse im Westen anberaumt. Besatzungsmacht und SED wollten eine möglichst hohe Zustimmungsrate in der Bevölkerung erzielen. Da große Teile der Union eine Teilnahme an einer derartigen Propagandaveranstaltung ablehnten, versuchte die SMAS, ein geschlossenes Auftreten der Partei zu verhindern.<sup>91</sup> Zentrales Ziel war, den Einfluss von Hugo Hickmann zurückzudrängen. Dieser hatte am 30. März 1949 in Leipzig die SED öffentlich als undemokratische Partei bezeichnet, sich gegen die Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen und auf die Politik der CDU verwiesen, die sich im Gegensatz zur SED für eine Verständigung zwischen Ost und West einsetze. Daraufhin initiierte die SMAS eine Pressekampagne gegen den CDU-Landesvorsitzenden. Der CDU-Bürgermeister von Aue, Magnus Dedek, griff Hickmann im sächsischen CDU-Blatt »Die Union« heftig an. Dies führte zu einer Solidarisierungswelle der Parteibasis mit Hickmann, so dass die SMAS schließlich

---

88 Bericht des Stellvertretenden Chefs der SMAD-Informationsverwaltung Oberstleutnant Guljajev vom 14. Oktober 1948 über die Arbeit im dritten Quartal 1948. AVP RF f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 125–160. M. AGETHEN (wie Anm. 2), S. 55. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 123.

89 N. NAIMARK (wie Anm. 1), S. 347. G. WETTIG (wie Anm. 2), S. 133 f.

90 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 173.

91 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

selbst mit einschlägigen Artikeln in der »Täglichen Rundschau« in Erscheinung treten mußte.<sup>92</sup>

Neben dem Vorgehen gegen Hickmann trieb die Besatzungsmacht die Unterwanderung der CDU durch prokommunistische Kräfte voran, um die Oppositionshaltung der Partei von innen heraus auszuhöhlen und »reaktionäre« Funktionäre stärker innerparteilich unter Druck zu setzen. Davon waren insbesondere die Landtagsabgeordnete Johanna Gumpert, die auf Anweisung der SMAS im Sommer 1949 aus der CDU ausgeschlossen wurde, der Pfarrer Kirsch, das Landesvorstandsmitglied Martin Richter sowie die Kreisvorsitzenden von Kamenz und Auerbach betroffen. »Fortschrittliche Kräfte« sah die Besatzungsmacht an der Spitze der Plauerer und Pirnaer Kreisvorstände und im Umfeld des Leipziger CDU-Politikers Rambo.<sup>93</sup>

Das Ergebnis der Delegiertenwahlen zum 3. Volkskongress lag in Sachsen mit 62,3 Prozent »Ja-Stimmen« und 37,7 Prozent »Nein-Stimmen« unter dem SBZ-Durchschnitt. Besonders hoch war die Zahl der Nein-Stimmen in den Gebieten, wo die bürgerlichen Parteien 1946 überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatten.<sup>94</sup>

Nach den Wahlen »entfernte« die SMAS auf Kreisebene eine Reihe ihr missliebiger CDU-Politiker. In Aue, Dippoldiswalde, Plauen und Pirna konnte die Besatzungsmacht dabei auf die »Unterstützung« einiger weniger »fortschrittlicher« Funktionäre zurückgreifen, deren Stellung sie innerhalb der Partei stärkte. In Freiberg und Grimma stieß die Besatzungsmacht allerdings auf eine geschlossen agierende Union, so dass in Freiberg der Vorsitzende der Kreistagsfraktion durch einen Beschluss des Blocks abgelöst werden musste. Von der Absetzung zahlreicher Mitglieder von Kreistagsfraktionen und Kreisvorständen sowie Pressekampagnen der SED war die Union besonders in Auerbach, Kamenz, Meißen, Niesky und Glauchau betroffen, wo die SMAS die gesamte Führung des Kreisverbandes »ersetzte«. Wegen ihrer »antinationalen Haltung«, einem Terminus, mit dem die Sowjets oft von ihrer Linie abweichende Positionen in der Grenzfrage umschrieben, setzte die SMAS die CDU-Kreisvorsitzenden von Auerbach und Kamenz ab. Der CDU-Vorsitzende von Hoyerswerda, ein Vertriebener aus Schlesien, kam diesem Schritt durch seine Flucht in den Westen zuvor. Als explizit gegen die Union gerichtete Maßnah-

---

92 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949. GARF f. 7212, op.1, d. 3, Bl. 247. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

93 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

94 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 184.

me ist die Gründung von DBD-Ortsgruppen in den Kreisen Löbau, Marienberg und Niesky zu interpretieren.<sup>95</sup>

Insbesondere die Haltung des 3. Vorsitzenden des Landesverbandes, Otto Freitag, der eine Unterzeichnung gefälschter Stimmauszählungsprotokolle verweigerte, rief den Unwillen der SMAS hervor, da sie ihn erst nach einem längeren Gespräch »überzeugen« konnte, die manipulierten Listen zu unterschreiben.<sup>96</sup>

Nach den Volkskongresswahlen verschärfen sich die Auseinandersetzungen um die Oder-Neiße-Grenze erneut. Die CDU musste im Sommer 1949 im Block einer Erklärung zustimmen, in der es hieß, für jeden »fortschrittlichen Deutschen« ergebe sich »die nationale Verpflichtung, gegen alle Elemente aufzutreten, die versuchen, die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland zur Verhetzung der Völker und Entfesselung eines neuen Krieges zu missbrauchen«. Danach gingen Besatzungsmacht und SED unter Rückgriff auf diese Blockvereinbarung in Sachsen gezielt gegen CDU-Politiker vor, die ein positives Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze ablehnten.<sup>97</sup>

Nach Ansicht der SMAS hatten die Angriffe Dedeks im Vorfeld der Volkskongresswahlen der Autorität Hickmanns einen »ernsthaften Schlag« versetzt. Immer mehr »fortschrittliche Kräfte« stellten sich in den Kreisverbänden gegen ihren Landesvorsitzenden. Dadurch sei dieser in die Defensive geraten. Seinen weiteren Verbleib an der Spitze des Landesverbandes betrachtete die SMAS als hinderlich im weiteren Vorgehen gegen die »Reaktionäre« und baute deshalb Magnus Dedek zum Nachfolger Hickmanns auf.<sup>98</sup>

---

95 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949. GARF f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 246. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

96 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Memorandum Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ im Mai 1949 vom 7. Juni 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 87–98. Zu den Manipulationen vgl. auch die Protokolle der Sitzungen der Landeswahlkommission vom 19. und 20. Mai 1949. SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/349, Bl. 210–214 und 223–225.

97 Protokoll der Sitzung des SED-Landesvorstandes vom 19./20. März 1949. SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/766. Vgl. die entsprechenden Protokolle der Blocksitzungen vom Sommer 1949 in S. SUCKUT (wie Anm. 17), S. 428–506.

98 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Magnus Dedek (1917–1955), seit 1947 Bürgermeister von Aue, 1950–1952 Landesvorsitzender der CDU. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 408.

Im Vorfeld der Gründung der DDR im Oktober 1949 gehörte Hickmann zu den CDU-Politikern, die im Gegensatz zu Nuschke deutlich ihr Unbehagen gegen das Vorgehen von Besatzungsmacht und SED zum Ausdruck brachten. So informierte die Informationsverwaltung die SMAD-Spitze, Hickmann habe innerhalb der CDU-Führung am 5. Oktober 1949 die Methode der Regierungsbildung als »nicht richtig« bezeichnet.<sup>99</sup>

Auf Hickmanns Oppositionskurs – und insbesondere sein Eintreten für die Eigenständigkeit der Union – reagierte die Besatzungsmacht schließlich Anfang 1950 mit seiner Absetzung. Ein Landesparteitag brachte im Juni 1950 den als sowjetischen Agenten geltenden Joseph Rambo an die Spitze des Landesverbandes, der sich allerdings kurz darauf in den Westen absetzte. Seit Oktober 1950 führte dann schließlich Magnus Dedek die sächsische CDU. Begleitet waren diese Vorgänge mit weiteren Ausschlüssen und Verhaftungen oppositioneller Unionspolitiker.<sup>100</sup> Die Flucht zahlreicher CDU-Mitglieder in den Westen betrachteten die Sowjets als eine Form der »Selbstreinigung« der Partei von »reaktionären und antinationalen Elementen«.<sup>101</sup> Der rasante Rückgang der Mitgliederzahlen unterstreicht, dass große Teile der Parteibasis das Einschwenken ihrer neuen Führung auf den von der SED immer offener vertretenen Kurs des »Aufbaus des Sozialismus« nicht mittragen und die Partei verließen. Nach russischen Angaben sank die Zahl der sächsischen CDU-Mitglieder zwischen 1949 und 1952 von ca. 70.000 auf etwa 54.300.<sup>102</sup>

Im Vorfeld der Einheitslistenwahlen 1950 intensivierte die Nachfolgebehörde der SMAD, die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), ihr Vorgehen gegen »reaktionäre Kreise« in der Union. SKK-Chef Armeegeneral Tschuikow verzeichnete bei der »Entlarvung« der Reaktionäre in der CDU in Sachsen

---

99 Nach Angaben der SMAD hatte Hickmann folgendes Verfahren vorgeschlagen und damit breite Zustimmung gefunden: Zuerst sollte eine provisorische Regierung geschaffen und eine Volkskammer aus Abgeordneten der Landtage gebildet werden. Unmittelbar danach seien die Verfassung in Kraft zu setzen und ein Termin Volkskammer- und Landtagswahlen bekannt zu geben. Da NDPD und DBD nicht an den Wahlen 1946 teilgenommen hätten, sollten sie auch nicht in der Regierung vertreten sein. Bericht der SMAD-Informationsabteilung an die SMAD-Spitze über die politische Lage in der SBZ vom 5. Oktober 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 207–212. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 194

100 Wolfgang MARSCHNER, *Die Gleichschaltung des sächsischen Landesverbandes der CDU um 1950*, in: *Dresdner Hefte* Nr. 28/1995, S. 84–95. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 251 ff.

101 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255.

102 Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949. AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Bericht der SKK Sachsen an Tschuikov vom 31. Juli 1952 über die politische Arbeit im ersten Halbjahr 1952. AVP RF f. 0458, op. 13a, p. 156, d. 69, Bl. 162–197. Bericht des Amtes für Information über einige Stimmen aus den bürgerlichen Parteien zu den Oktoberwahlen vom 25. April 1950. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 308, Bl. 86–88. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 391.

die deutlichsten Fortschritte. Er forderte, die Kampagne zu beschleunigen und in die Kreise und Gemeinden zu verlagern. Innerhalb der »fortschrittlichen Gruppierungen« sei zu organisieren, dass deren Vertreter im April fordern würden, die Wahlen mit Einheitslisten durchzuführen.<sup>103</sup> In Sachsen sprachen sich daraufhin Magnus Dedek und Joseph Rambo, der zu diesem Zeitpunkt noch den Landesverband führte, in Zeitungsartikeln für die Einheitslistenwahlen aus und übernahmen damit eine Vorreiterrolle in der CDU.<sup>104</sup> Derartige Positionen besaßen in der Partei jedoch keine Mehrheit. Deshalb bedurfte es massiver Einflussnahmen der SKK, um bei der Parteibasis der Union eine Zustimmung zu den Einheitslisten zu erreichen.<sup>105</sup>

Die SKK bewertete den Einfluss der SED auf Prozesse innerhalb der CDU trotz der durch die Einheitspartei gegen Hickmann und andere CDU-Politiker getragenen Pressekampagnen als gering. Auf Anweisung der SKK entstand daher 1951 im Apparat des ZK der SED eine spezielle Abteilung zur Kontrolle und Steuerung des innerparteilichen Lebens von CDU und LDP. Damit reagierte die SKK auch auf den von Nuschke seit 1951 vertretenen »gemäßigten« Kurs. Der CDU-Politiker hatte sich vor »Reaktionäre« wie Martin Richter gestellt, seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der »am meisten fortschrittlichen Funktionäre« ausgedrückt und Forderungen nach einem Ende der »diktatorischen Beziehung« seitens des CDU-Landesverbandes Sachsen gegenüber dessen Gegnern unterstützt. Daraufhin intensivierte die SKK die »ideologische Arbeit« und »studierte« die »Kader« der CDU.<sup>106</sup> Noch 1952 wies die SKK in Sachsen die Absetzung von zehn Funktionären und den Ausschluss von 185 Mitgliedern an.<sup>107</sup>

Nach der Dezimierung des Mitglieder- und Personalbestandes wirkte der sächsische CDU-Landesverband »paralysiert« (M. Richter), da viele Lücken nicht vollständig durch prokommunistische Funktionäre ersetzt werden konn-

103 Vermerk über ein Gespräch Tschuikovs mit Pieck und Grotewohl am 7. März 1950. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 309, Bl. 11–19. Zum deutschen Gegenstück siehe Vermerk Piecks. Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, Berlin 1994, S. 335–337.

104 Vermerk über ein Gespräch Tschuikovs und Iljitschovs mit Pieck und Grotewohl am 17. März 1950. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 309, Bl. 43–50.

105 Bericht des Chefs der SKK-Informationsabteilung an das ZK in Moskau vom 29. August 1950 über die Vorbereitung der Wahlen in der DDR und Bericht des Chefs der SKK-Informationsabteilung an das ZK in Moskau vom 14. Dezember 1950 über die Ergebnisse der Wahlen in der DDR. RCChIDNI f. 17, op. 137, d. 308, Bl. 100–127 und Bl. 130–170. M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 291 ff. S. ZEIDLER (wie Anm. 2), S. 37 ff.

106 Bericht des Chefs der SKK-Informationsabteilung vom 9. Februar 1952 über die politische Lage in der DDR. AVP RF f. 0458, op. 13a, p. 156, d. 68, Bl. 51–124.

107 Bericht der SKK Sachsen an Tschuikov vom 31. Juli 1952 über die politische Arbeit im ersten Halbjahr 1952. AVP RF f. 0458, op. 13a, p. 156, d. 69, Bl. 162–197.



ten. Magnus Dedek, der aktiv Gerald Götting und dessen für die Union verhängnisvolle Politik unterstützte, konnte sich trotz einer innerparteilichen Fronde bis zur Auflösung des Landesverbandes nach dem Ende sächsischer Staatlichkeit 1952 im Amt halten. Eine nun gänzlich gleichgeschaltete Führung stand einer Mitgliedschaft gegenüber, die in weiten Teilen den auf die Unterstützung der Politik der SED zielenden Kurs Göttings und der 1952 installierten CDU-Bezirksvorstände ablehnte.<sup>108</sup>

---

108 M. RICHTER (wie Anm. 2), S. 300 ff.